

INNENPOLITIK

BKA-Präsident bleibt länger im Amt

Wegen der umfangreichen Ermittlungen gegen Neonazi-Terroristen hat Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) die Amtszeit von BKA-Chef Jörg Ziercke verlängert. Ursprünglich sollte der Sozialdemokrat Ziercke im August in den Ruhestand gehen, nun wird er bis Ende Dezember im Amt bleiben. In der Zwischenzeit will Friedrich einen Nachfolger suchen. Mit der Verlängerung soll sichergestellt werden, dass das Bundeskriminalamt nicht mitten in den komplexen Ermittlungen rund um die Zwickauer Neonazi-Zelle durch einen Führungswechsel verunsichert wird.



Mitglieder der Deutschen Bischofskonferenz

THOMAS LOHNES / DDP IMAGES

KATHOLISCHE KIRCHE

Zwist unter Amtsbrüdern

In der katholischen Kirche hat die Auseinandersetzung über Reformen zu einem offenen Bruch in der Priesterschaft geführt. Der Streit eskaliert derzeit zwischen einer eher liberalen „Pfarrerinitiative“ und dem konservativen „Netzwerk katholischer Priester“, die zusammen mehrere tausend Geistliche repräsentieren. Neben ihrem „Aufruf zum Ungehorsam“ fordern die Reformpriester eine „Erneuerung der Kirche“ durch einen anderen Umgang mit Homosexuellen, Geschiedenen und dem Zölibat. Die konservativen Priester werfen ihren Amtsbrüdern deshalb vor, sie seien „auf dem Weg, sich eine eigene Kirche aufzubauen“. Bei dem Streit zwischen Reformern und Konservativen handele es sich „faktisch um ein Schisma im deutschsprachigen Raum, das sich unter den Augen der Bischöfe längst vollzogen hat“, klagt ein Netzwerk-Sprecher. In einer gemeinsamen Erklärung von Priestern aus Deutschland, Österreich und der Schweiz fordert das Netzwerk ein „entschiedenes Einschreiten der Bischöfe“ gegen die „zweifelhaften Reformbemühungen“ der liberalen Pfarrerinitiative, die dem Kurs von Papst und Kirche widersprächen. Vom Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, dem Freiburger Erzbischof Robert Zollitsch, erwartet das Netzwerk katholischer Priester Konsequenzen gegenüber den Reformern: „Wer sich weiterhin aufs Zuschauen verlegt, versündigt sich an der Einheit der Kirche.“

DAMALS ...

„Diese ministerielle Äußerung ist ein unverständlicher Akt der Unfreundlichkeit gegenüber einem Nachbarlande.“

Der bayerische Landtagspräsident Rudolf Hanauer über den baden-württembergischen Finanzminister Hermann Müller im November 1964. Müller hatte beklagt, dass ein Teil der von seinem Land für den Länderfinanzausgleich aufgebrauchten Mittel in Bayern „zur Errichtung eines monströsen Theaters (Münchner Nationaltheater) und zur Erhöhung der Abgeordneten-Diäten“ verwendet werde.

... UND HEUTE

„Diejenigen, die stark sind, werden bestraft, und diejenigen, die schwach bleiben wollen, werden eigentlich belohnt.“

Der bayerische Finanzminister Markus Söder am 7. Februar über angeblich zu hohe Zahlungen seines Landes in den Länderfinanzausgleich

BUNDESARCHIV

Stopp dem Aktenklau

Behörden und Ministerien sollten verhindern, dass Politiker und Beamte nach ihrem Ausscheiden offizielle Akten in privaten Besitz nehmen. Das hat der Präsident des Bundesarchivs, Michael Hollmann, gefordert. „Derartige Unterlagen gehören, solange sie gebraucht werden, in die jeweilige Behörde und danach – wenn sie es wert sind – ins Bundesarchiv“, so Hollmann. Es gebe einen Rechtsanspruch,

Regierungsdokumente dort einsehen zu können. Derzeit seien Wissenschaftler oder Journalisten, die sich für Unterlagen im Privatbesitz interessieren, auf den guten Willen von Betroffenen oder von deren Nachlassverwalter angewiesen. Das Bundesarchiv selbst kann dies nicht ändern: Das Verwaltungsgericht Koblenz hat vergangene Woche entschieden, das Archiv habe keinen Anspruch auf die Herausgabe von amtlichen Unterlagen aus privater Hand. Hollmann fordert nun, die jeweils zuständige Behörde solle dafür sorgen, dass ihre entwendeten Akten ins Bundesarchiv kommen.